

# KES-Gegner verlassen den Sitzungssaal

**RIEDLINGEN - Dass das Thema Kernstadtentlastungsstraße (KES) die Gemüter im Gemeinderat erhitzt wie kein anderes, hat sich am Montagabend wieder gezeigt. Nach Roland Uhls Antwort auf den offenen Brief des Bürgermeisters kam es zum Eklat: Nach scharfen Vorwürfen an Uhls Adresse verließen er und andere Räte den Saal.**

Von unserem Redakteur  
**Markus Dreher**

Am Ende einer langen Sitzung mit vielen Sachentscheidungen kam die Sprache erwartungsgemäß auf die KES, auch wenn es da aktuell nichts zu entscheiden gab. Zunächst noch mit Schmunzeln: Der Ortschafts- und Exstadtrat Joachim Reis löste eine Wertschuld ein und überreichte Uhl eine Flasche Wein, wohlweislich verziert

mit schwarzer Rose. Für die Arbeit zum Thema KES gebühre Uhl kein Dank, damit werde er höchstens „König der Zauneidechse“, stichelte Reis.

Die Auseinandersetzung gewann an Schärfe nach Uhls Antwort auf den Bürgermeister-Brief. Der Grünen-Stadtrat berief sich auf den Grünen-Abgeordneten Eugen Schlachter, dass laut Aktenvermerk des Regierungspräsidiums der dritte KES-Abschnitt politisch nicht durchsetzbar sei. In einem anderen Punkt, sagte Uhl, „muss ich meine Aussage revidieren und möchte mich entschuldigen“: Das Schreiben der Bahn sei nicht an die Stadt adressiert. Beim Inhalt blieb Uhl aber: Die Straßenpläne inklusive erstem KES-Abschnitt seien „nicht im ureigensten Interesse der DB“, zitierte er. Letztlich seien seine Behauptungen, in denen „mehr als ein Kern Wahrheit“ stecke, eine Folge der Informationspolitik gegenüber dem Gemeinderat: „Würden wir zeitnah mit

entscheidungsrelevanten Informationen versorgt, wäre Gerüchten und Behauptungen der Boden entzogen.“

## Harte Vorwürfe

Bürgermeister Hans Petermann sagte, beide Behauptungen Uhls seien „schlichtweg falsch“ gewesen, da Schlachters politische Bewertung nicht mit dem Aktenvermerk selbst zu verwechseln sei. Uhls Entschuldigung nahm er an – was Stadtrat Ulrich Bossler an der Stelle Petermanns nicht getan hätte. „Das ist das beste Beispiel, wie man mit der Unwahrheit hausieren geht“, sagte Bossler und warf Uhl dabei Absicht, Bösartigkeit, ein Verhalten der Marke „unterste Schublade“ und ein „falsches Demokratieverständnis“ vor. Bossler ließ persönliche Angriffe folgen. Wie Bossler zeigte sich Armin Schneider „schockiert“; dass offenbar Mitarbeiter übergeordneter Behörden Dienstgeheimnisse

verraten. Die Anwürfe Bosslers quittierte Uhl noch mit dem Wort „Unverschämtheit“, kurz später verließen er und weitere Räte von Grünen und WIR den Sitzungssaal in der Donauhalle Neufra.

So konnten sie nicht mehr hören, was Petermann weiter sagte: „Ich würde sofort den Informationsstil ändern, wenn alle Räte sich an demokratische Gepflogenheiten halten würden.“ Aber nicht, solange die Minderheit gleich zum Telefonhörer greife, um auf allen Ebenen Mehrheitsbeschlüsse zu hintertreiben.

Uhl sagte tagsdrauf zu Bosslers Vorwürfen: „Das war eindeutig unter der Gürtellinie.“ In einem Rechtsstaat könnten Minderheiten „Gott sei Dank“ ihre Meinung gegen Mehrheiten vorbringen. Die KES-Befürworter müssten sich fragen, warum die Gegner die von der SZ zitierten „bekanntesten Widerstände gegen den Mittelabschnitt“ hätten mobilisieren können.